



PRESSEMITTEILUNG

Nr.245/GP

05.09.2022

**Holetschek fordert von Bundesregierung rasche Unterstützung für
Krankenhäuser - Bayerns Gesundheitsminister: Das Zaudern des
Bundes ist völlig unverständlich**

Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek hat die Bundesregierung aufgefordert, die durch massiv gestiegene Kosten belasteten Krankenhäuser endlich zu unterstützen. Holetschek kritisierte am Montag in München: „Das Zaudern des Bundes ist absolut nicht nachvollziehbar. Deshalb kann ich gut verstehen, dass die Kliniken ihren Sorgen jetzt mit Protestaktionen Ausdruck verleihen.“

Holetschek erläuterte: „Die Krankenhäuser können die erheblichen Preissteigerungen im Bereich der Energieversorgung, für Nahrungsmittel, Güter des täglichen Bedarfs sowie spezielle Medizinprodukte schlicht nicht schultern. Sie brauchen daher umgehend einen Inflationsausgleich in Form eines unterjährigen Zuschlags auf ihre Behandlungsentgelte. Sonst droht vielen Krankenhäusern eine existenzbedrohende wirtschaftliche Schieflage.“

Der Minister betonte: „Die Kostensteigerungen können im bestehenden Krankenhausvergütungssystem nicht zeitnah kompensiert werden. Deshalb muss der Bundesgesundheitsminister jetzt handeln. Es darf nicht sein, dass in so einer wichtigen Frage nur der Finanzminister den Kurs bestimmt.“

Holetschek fügte hinzu: „Die andauernden Belastungen durch die COVID-19-Pandemie haben den Krankenhäusern bereits erheblich zugesetzt. Wir dürfen unsere Kliniken jetzt nicht alleine lassen! Die Gesundheitsministerkonferenz hat den Bund daher bereits im Juni aufgefordert, eine rasche Lösung für die drohenden Liquiditätsengpässe auf den Weg zu bringen.“

Der Minister steht hierzu in engem Austausch mit den Kliniken. So hat im Juli auf Einladung von Holetschek ein Runder Tisch zu diesem Thema in Form einer Videokonferenz stattgefunden. Teilnehmer waren Vertreter bayerischer Kliniken, der Krankenhausverbände sowie der Ärztlichen Bezirks- und Krankenhauskoordinatoren.

Holetschek kritisierte: „Der Bund hat den Ernst der Lage offenbar immer noch nicht erkannt, denn es rührt sich bislang nichts in Berlin. Es ist nicht zu akzeptieren, dass die Kliniken einfach ihrem Schicksal überlassen werden. Wir

Bayerisches Staatsministerium für Gesundheit, Pflege und Prävention



brauchen leistungsfähige Krankenhäuser, um die Versorgung der Bevölkerung dauerhaft sicherzustellen! Der Bund muss endlich handeln und für eine kurzfristige Kompensation der Mehrkosten sorgen.“

Haidenauplatz 1
81667 München

**Öffentliche
Verkehrsmittel:**
Buslinien 54 und 100
Haidenauplatz

Telefon: +49 89 95414-5550
Telefax: +49 89 95414-9550
E-Mail: pressestelle@stmgp.bayern.de
Internet: www.stmgp.bayern.de

Pressesprecher:
Jörg Säuberlich